



OSTDEUTSCHLAND

20 Jahre Marktwirtschaft – der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel in Ostdeutschland

Wer den Wandel in Ostdeutschland 20 Jahre nach der Wiedervereinigung würdigen will, muss bei einer nüchternen Analyse der wirtschaftlichen Situation der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) Ende der 1980-er Jahre beginnen. *Von Andreas Trautvetter*

Im Schürer-Bericht „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ (1989), der die ökonomische Lage der DDR analysierte, wird die niederschmetternde Bilanz deutlich. Alle bis dahin verkündeten Erfolgsmeldungen wurden ausnahmslos als Negativposten verbucht. Beispiele waren das deutlich verlangsamte Wachstum des Nationaleinkommens, die Vernachlässigung der Verkehrsinfrastruktur, die Verrottung des Wohnungsaltbestandes und der Innenstädte wegen nicht durchgeführter Reparaturen. Neben der wirtschaftlichen miserablen Lage war die ökologische Bilanz der DDR katastrophal.

Die DDR war faktisch zahlungsunfähig. Die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit wäre nur mit einer deutlichen Senkung der Konsumtion zugunsten einer Erzielung eines Exportüberschusses möglich gewesen. Was dies für den Lebensstandard der DDR-Bürger bedeutet hätte, ist im Schürer-Bericht am deutlichsten in einem Satz ausgedrückt: „Alleine ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahr 1990 eine Senkung des Lebensstandards von 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.“ Besonders aufschlussreich ist es, dass der grundlegende Lösungsansatz der Plankommission in einer wirtschaftlichen Zu-

sammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und anderen kapitalistischen Ländern gesehen wurde: „Es ist ein konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und mit anderen kapitalistischen Ländern, wie Frankreich, Österreich, Japan, die an einer Stärkung der DDR als politisches Gegengewicht zur BRD interessiert sind, auszuarbeiten und zu verhandeln.“

Mit der Wiedervereinigung vollziehen sich in Ostdeutschland Angleichungsprozesse mit atemberaubender Geschwindigkeit. Der unter Helmut Kohl eingeschlagene Vereinigungsweg, der vor allem auf eine möglichst rasche Angleichung der Lebensverhältnisse ausgerichtet war, setzte zwangsläufig gewaltige finanzielle Transfers voraus. Realistisch betrachtet, war auch kein anderer Weg möglich. Die Aufrechterhaltung eines sozialen Gefälles entsprechend der Wirtschaftskraft der beiden Teile Deutschlands hätte bei offenen Grenzen eine Bevölkerungswanderung ungeheuren Ausmaßes hervorgerufen, den auch die Wirtschaft und das gesellschaftliche Umfeld in Westdeutschland wahrscheinlich nicht hätte bewältigen können.

Wenn wir heute über manche vorhandenen wirtschaftlichen Probleme sprechen, muss man immer wieder darauf hinweisen, dass

IN DIESER AUSGABE

20 Jahre Marktwirtschaft – der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel in Ostdeutschland Seite 1/2

Ökonomische Bildung in deutschen und schweizerischen Schulbüchern Seite 3

Konferenz „20 Jahre Soziale Marktwirtschaft in den Neuen Ländern“ Seite 4

die ökonomischen Probleme des Transformationsprozesses nach dem Fall der Mauer ihre Ursachen in der jahrzehntelangen Misswirtschaft des DDR-Staates haben. Verstärkt wurden sie dadurch, dass gleichzeitig der RGW-Markt zusammenbrach und durch die 1:1 Währungsstellung die meisten Betriebe in ihren Kostenstrukturen über Nacht auf einem frei agierenden Markt nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Die Treuhandanstalt hat in den ersten Jahren viele Milliarden Euro für die Subventionierung nicht wettbewerbsfähiger Betriebe in Ostdeutschland aufgewendet. Ohne diese Subventionen wäre nahezu der vollständige Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft die Folge gewesen.

Natürlich gab es vielfach eine Debatte, ob es mit der Privatisierungsstrategie der Treuhandanstalt bzw. bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft einen Ausverkauf Ostdeutschlands gegeben hat. Tatsächlich wurden die meisten Betriebe an westdeutsche Eigentümer verkauft. Nur etwa ein Viertel wurden durch ostdeutsche Investoren und ein noch kleinerer Teil von Ausländern erworben. Ostdeutsche hatten faktisch keine reguläre Möglichkeit, sich am Erwerb der Unternehmen zu beteiligen, da sie nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügten. Der Grund liegt in

erster Linie darin, dass private Vermögensbildung in der DDR nicht möglich war.

Die Bilanz nach 20 Jahren Marktwirtschaft in Ostdeutschland spricht aber eindeutig gegen die These vom Ausverkauf: Es gab nach 1990 einen riesigen Gründungsboom in Ostdeutschland. Zwischen 1991 und 2007 wurden rund 1,6 Millionen Unternehmen neu gegründet und 1,1 Millionen abgemeldet. Im Saldo entstanden etwa eine halbe Million Unternehmen neu. Heute befinden sich etwa drei Viertel aller Betriebe mit der Hälfte der Beschäftigten in ostdeutscher Hand, und der Anteil der Selbstständigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung ist heute in West und Ost beinahe gleich groß.

Eines der prognostizierten Ergebnisse der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ist natürlich nicht erreicht worden. Es war ein Trugschluss, dass man durch ordnungspolitische Weichenstellungen und massive Transferleistungen innerhalb weniger Jahre einen sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung erreichen könne. Der wirtschaftliche Angleichungsprozess wird noch viele Jahre dauern. In den letzten Jahren hat es faktisch keine Angleichung mehr gegeben. Die Differenz in Wirtschaftskraft und Produktivität blieb annähernd konstant. Die Produktivität liegt bei drei Viertel und das Bruttoinlandsprodukt bei zwei Drittel des westdeutschen Niveaus.

Eine der Ursachen liegt in den Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur zwischen West und Ost. Es gibt so gut wie keine Konzernsitze in Ostdeutschland und damit entsprechend weniger Forschungs- und Entwicklungspotenzial in der Wirtschaft. Die mittelständisch geprägte ostdeutsche Industrie ist vorwiegend im Zulieferbereich oder als verlängerte Werkbank tätig. Ein weiteres Problem ist die Größe der Unternehmen. Im Durchschnitt haben ostdeutsche Unternehmen etwa die Hälfte der Beschäftigten von westdeutschen Unternehmen. Dieser hohe Anteil kleinerer Betriebe führt zu geringeren Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben in Ostdeutsch-

land. Es haben sich zwar technologieintensive Wirtschaftszweige stark entwickelt, doch während in Westdeutschland jeder dritte Arbeitnehmer in technologie- und wissensintensiven Branchen arbeitet, ist es in Ostdeutschland jeder fünfte.

Die angesprochenen Probleme sollen aber die gewaltige Umstrukturierungsleistung in der Wirtschaft nicht schmälern. Man kann dies in Thüringen an zwei Zahlen aus der Industrie verdeutlichen. Im Jahr 1991 waren in Thüringen in etwa 1 300 Betrieben 314 000 Beschäftigte tätig, die einen Jahresumsatz von 6,4 Milliarden Euro erzielten. Im Jahr 2008 hatte sich die Zahl der Industriebetriebe auf rund 1 900 erhöht. Es waren in diesen Bereich zwar „nur“ 162 000 Beschäftigte tätig, diese erzielten jedoch einen Jahresumsatz von fast 30 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung der Umsatzproduktivität auf fast das Zehnfache und eine riesige Aufbauleistung der ostdeutschen Wirtschaft.

Diesen Prozess gilt es fortzuführen. Daneben wird eine entscheidende Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung die Sicherung des Fachkräftebedarfes sein. Noch immer besteht ein hoher Abwanderungssaldo vor allem junger Menschen. Es sind die hoch qualifizierten und gut ausgebildeten jungen Menschen, die Ostdeutschland verlassen. Da in den letzten Jahren vorwiegend junge Frauen den Abwanderungssaldo bestimmt haben, wird in Zukunft das demografische Problem des Geburtendefizites Ostdeutschland wiederum besonders treffen. Da die demografische Entwicklung auch in Westdeutschland zu einem Fachkräftemangel führt, erleben wir das Phänomen, dass in konjunkturell guten Zeiten die Abwanderung junger Menschen aus dem Osten größer ist, als in konjunkturell schlechten Zeiten. Die Wanderungen innerhalb Deutschlands haben in den letzten 20 Jahren zu einer Überalterung des Ostens und zu einer Verjüngung des Westens geführt. Während 1990 der Anteil der über 65-Jährigen in der Bevölkerung im Westen 9,3 % und im Osten 7,7 % betrug, war dieser An-

teil im Jahr 2007 im Westen 17,7 % und im Osten 20,3 %.

Insgesamt zählt die Sanierung des ehemaligen Territoriums der DDR zu den größten Erfolgen der Wiedervereinigung und ohne die funktionierende Marktwirtschaft Westdeutschland wäre dies nicht finanzierbar gewesen. Dabei ist die Umweltsanierung sicher eines der kostspieligsten Projekte der Wiedervereinigung. Im Rahmen der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wurden bis jetzt über 1 800 km neue und ausgebauten Straßen übergeben. Die Innenstädte wurden saniert und im Rahmen der Wohnungsmodernisierung an über 700 000 Antragsteller Fördermittel von 45 Milliarden Euro ausgereicht.

Trotz der Erfolge beim Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft im Osten Deutschlands und trotz der riesigen Transferzahlungen schlägt sich das nicht in einer Angleichung der Lebenszufriedenheit nieder. Ostdeutsche zeigen sich generell mit ihrem Leben unzufriedener als Westdeutsche. Auch die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft, die 1990 den meisten Ostdeutschen als Garant für wirtschaftlichen Wohlstand galt, hat sich umgekehrt. Nach der Wiedervereinigung hatten etwa 80 % der Ostdeutschen eine positive Meinung zur Sozialen Marktwirtschaft. Mit den negativen Erfahrungen aus dem Umstrukturierungsprozess hat sich dieses Verhältnis ab Mitte der 1990-er Jahre umgekehrt. Seitdem hat die Mehrheit eine schlechte Meinung über unser Wirtschaftssystem. Der Anteil der Ostdeutschen, die in Deutschland gerechte Verteilungsverhältnisse sehen, ist etwa halb so hoch wie in Westdeutschland.

Es gibt natürlich eine klare Beziehung zwischen individuellem Wohlstand und einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft und einer wirtschaftlich erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft, die diesen Wohlstand erst ermöglicht. Dies in allen Bereichen der Gesellschaft zu vermitteln, wird eine große Aufgabe aller Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft für die nächsten Jahre sein.

Ökonomische Bildung in deutschen und schweizerischen Schulbüchern

Reaktionen auf die Finanzkrise zeugen von einer tiefgreifenden Unkenntnis weiter Bevölkerungskreise über wirtschaftliche Fragen – einschließlich der gebildeten Schichten. Im Auftrag des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung hat das HWWI Thüringen deshalb deutsche und schweizerische Schulbücher unter die wirtschaftswissenschaftliche Lupe genommen. *Von Justus Lenz*

Im Mittelpunkt stand die Analyse der Themenfelder Gerechtigkeit, unternehmerische Dynamik, Unternehmenspersönlichkeiten und Globalisierung. Dazu wurden Schulbücher der Fächer Geographie / Erdkunde, Geschichte, Politik / Sozialwissenschaft und Wirtschaft aus Deutschland und dem deutschsprachigen Teil der Schweiz untersucht.

Es zeigte sich, dass wirtschaftliche Themen in den schweizerischen Büchern insgesamt sachlicher und ausgewogener behandelt werden. Die größten Diskrepanzen zeigen sich jedoch nicht zwischen den beiden Ländern, sondern zwischen den einzelnen Fächergruppen. In ökonomienahen Fächern (Wirtschaftskunde, Politik und Wirtschaft sowie Wirtschaft und Recht) ist die Darstellung marktwirtschaftlicher Zusammenhänge überwiegend objektiv, zum Teil durchaus gelungen. Eine marktkritische und zum Teil ideologische Färbung lässt sich dagegen in ökonomiefernen Fächern wie Erdkunde, Geographie oder Geschichte feststellen.

Ein besonders drastisches Beispiel findet sich in einer Passage in „Terra Erdkunde 9/10 Niedersachsen“, in der Wirtschaftswachstum mit der Entstehung von Arbeitslosigkeit gleichgesetzt wird. „Ständiges Wirtschaftswachstum und damit wachsender Wohlstand haben aber [...] in zunehmendem Maße auch Arbeitslosigkeit zur Folge“ (2007, S. 58). Hier wüsste man gern, welchen akademischen Hintergrund der Schulbuchautor hat. Für Entwicklungsländer fällt ihm folgerichtig ein, dass Wirtschaftswachstum eventuell kein erstrebenswertes Ziel sei. Der Wohlstand und überhaupt die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Industrieländer wird als wenig nachahmenswert für die Entwicklungsländer dargestellt, was unweigerlich

die Frage nach Alternativen für die Entwicklungsländer aufwirft. Hier aber werden die Schüler mit Antworten allein gelassen.

Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland kam es in den Fachgebieten Erdkunde und Geographie zu Emotionalisierungen bei einer insgesamt, von gelungenen Passagen unterbrochenen, marktkritischen Grundhaltung. Insgesamt erscheint die Darstellung in den schweizerischen Büchern qualitativ etwas besser, insbesondere da sie weniger elementare Fehler als die deutschen Bücher aufweisen. Bei den untersuchten Geschichtsbüchern fällt der Vergleich noch eindeutiger zu Gunsten der schweizerischen Bücher aus. Insbesondere die ausgewogene Darstellung der Industrialisierung muss hier positiv genannt werden. Bei den Politikbüchern fällt die Qualität der Darstellung in beiden Ländern ungefähr gleich aus. Die Wirtschaftskundebücher der Schweiz sind dagegen etwas besser als die deutschen Bücher, wobei das Niveau beider als überraschend hoch zu bezeichnen ist. Jedoch finden sich in den deutschen Wirtschaftskundebüchern immer noch einige Fehler und Ungenauigkeiten.

Wenn man die Ergebnisse der vorliegenden Studie mit den Ergebnissen der Studien von 2007 und 2008 vergleicht, so fallen vor allem zwei Dinge auf.¹ Einerseits hat sich die Qualität der Darstellungen nicht deutlich verbessert. Neben einer marktkritischen Grundhaltung, die sich unter anderem in einer Befürwortung von staatlichen Eingriffen zeigt, existieren auch positive Passagen. Die bemängelten Tendenzen zu Emotionalisierungen und einseitigen Darstellungen finden sich ebenfalls in den neueren Schulbüchern. Sicherlich ist von einem Schulbuch nicht zu erwarten, das Thema der sozialen Gerechtigkeit von einem Hayekschen Standpunkt aus vorzu-

stellen. Umgekehrt ist aber der Egalitarismus – verstanden als Einzelfallgerechtigkeit – unumstößlicher Teil des Curriculums.

Bei der Neukonzeption von Schulbüchern sollten die dargelegten Ergebnisse dringend berücksichtigt werden, um zu einer besseren Vermittlung wirtschaftlicher Themen zu kommen. Neben einer sachlichen und ausgewogenen Darstellung sollte vor allem auf die Streichung von Emotionalisierungen und auf die Korrektur offenkundiger Fehler geachtet werden. Die gerade in deutschen Wirtschaftskundebüchern oft vorhandenen Kapitel zu praktischen Fragen sollten Vorbildcharakter haben. Themen wie Steuererklärung, Bewerbung, aber auch Fragen der Geldanlage oder der Versicherungswahl könnten durchaus Eingang in den Unterricht finden.

Abschließend müsste sicher auch über Daseinsberechtigung und Zuschnitt der einzelnen Fächer sowie der Schullaufbahn insgesamt diskutiert werden. Der Dreiklang Wirtschaft, Politik und Recht sollte in jeder Schulform spätestens ab der achten Klasse unterrichtet werden. Hingegen erscheint es fragwürdig, den Geographieunterricht mit volkswirtschaftlichen Themen aufzufüllen. Eine Aufwertung des Unterrichts in wirtschaftsnahen Fächern bietet hier bessere Gewähr, den Schülern ökonomische Zusammenhänge sachkundig nahe zu bringen.

LITERATUR

Lenz, J. (2010): Die Darstellung von Marktwirtschaft und Unternehmertum in Schulbüchern in Deutschland und in der deutschsprachigen Schweiz. Download unter www.hwwi.org (HWWI Thüringen, Publikationen).

¹Georg-Eckert-Institut (2007): Unternehmer und Staat in europäischen Schulbüchern.

Merrett, G. (2008): Marktwirtschaft in Schulbüchern.

Am 5. und 6. Mai 2010 tagten Wissenschaftler, Politiker und Studierende der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt auf Schloss Ettersburg bei Weimar. Die im Rahmen der Kooperation zwischen der Universität Erfurt und dem HWWI veranstaltete Konferenz wurde durch die Erfurter Professoren Gerhard Wegner und Hermann-Josef Blanke geleitet und durch die Hanns Martin Schleyer-Stiftung sowie die Robert Bosch Stiftung unterstützt. Die Zweigniederlassung Thüringen des HWWI wurde durch PD Dr. Joachim Zweynert, der über die „Transformationsprozesse im Vergleich: Ost-Mitteleuropa und die Ex-DDR“ referierte, und durch Andreas Trautvetter, welcher gemeinsam mit Justus Lenz die „Finanzsituation der Neuen Länder“ näher beleuchtete, vertreten.

Die Tagung widmete sich vor allem der Frage, ob und inwieweit der ostdeutsche Aufholprozess mit Blick auf die heutige wirtschaftliche Lage in den Neuen Ländern gelungen ist, so dass man dort von einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft sprechen kann. Die Referenten diskutierten die Ursachen für den ostdeutschen Rückstand und betrachteten die Wirtschaft der Ex-DDR im westdeutschen und mitteleuropäischen Vergleich. Daran schloss sich eine Diskussion um zukünftige Herausforderungen der Neuen Länder an.

Zum Auftakt bot Prof. Dr. Alfred Schüller von der Universität Marburg einen ordnungsökonomischen Rückblick auf das wirtschaftsgeschichtliche Erbe der DDR und seine Konsequenzen für die Wirtschaftsunion der beiden deutschen Staaten. Dieses Thema wurde von Prof. Dr. Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, in seinem Vortrag zum „Ökonomischen und kulturellen Erbe der DDR“ vertieft: Blum betonte vor allem die verheerenden Konsequenzen der wirtschaftspolitischen

Re-Zentralisierung unter Erich Honecker: Die Verstaatlichung bis dato selbständiger mittelständischer Betriebe in den frühen 1970-er Jahren sei ein Kardinalfehler gewesen, der für die Devisenprobleme der DDR maßgeblich gewesen sei. Darüber hinaus stelle die Zerstörung des familiären Unternehmertums eines der strukturellen Hauptprobleme des Aufbaus Ost dar.

In seiner „Bilanz des Angleichungsprozesses der ostdeutschen Wirtschaft in ökonomischer und sozialer Perspektive“ setzte sich Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Finanzminister a.D. Sachsen-Anhalts und Universität Magdeburg, kritisch mit Prof. Dr. Hans-Werner Sinn auseinander, indem er argumentierte, die rasche Angleichung des Lohnniveaus sei wegen der Mobilität der Bevölkerung ohne Alternative gewesen. Zwar habe die rasche Anhebung der Löhne zu einem starken Rückgang des verarbeitenden Gewerbes geführt, doch zeigten sich gerade in diesem Sektor eine deutlich positive Tendenz. Überhaupt sei es ein Fehler, den Erfolg oder Misserfolg der ostdeutschen Transformation am westdeutschen Standard zu messen – ein Land wie Tschechien biete einen weit geeigneteren Maßstab.

Diesen Faden nahm PD Dr. Joachim Zweynert in seinem Vortrag auf. Er argumentierte, beim Umbau der Ex-DDR habe es sich um die mit Abstand radikalste Schocktherapie gehandelt. Die Übernahme des westdeutschen Ordnungsrahmens sei – im Zusammenspiel mit den Finanzhilfen – einerseits von unschätzbarem Vorteil gewesen. Andererseits aber habe es – ähnlich wie später die Übernahme des *aquis communautaire* in Ostmitteleuropa – einen Import institutioneller Verkrustungen bedeutet, der im Hinblick auf die notwendige wirtschaftliche Dynamik ein ernsthaftes Hemmnis darstelle. Das aus der Übernahme der westdeutschen Ordnung resultierende Ohnmachtsgefühl stand auch im Mittelpunkt der Ausführungen von Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LIN-

KEN im Thüringer Landtag, zur sozialen Lage in Ostdeutschland. Ramelow argumentierte, viele der Herausforderungen, vor denen die ostdeutschen Länder heute stünden, wie etwa Alterung und Entvölkerung ländlicher Regionen, würden in naher Zukunft auch für die westdeutschen Länder zunehmend relevant werden. Es werde daher zunehmend wichtig, in Ostdeutschland eigene Lösungsstrategien zu entwickeln, statt auf die Übernahme ‚westlicher‘ Lösungen zu hoffen.

Dr. Robert Böhmer erweiterte die Diskussion durch eine institutionelle Analyse der Sozialen Marktwirtschaft in den Neuen Ländern. In seiner Studie „Der Geist des Kapitalismus und der Aufbau Ost“ betrachtete Böhmer den Einfluss von Wertesystemen auf das Wirtschaftsleben. Nachdem Ostdeutschland über Jahrzehnte sozialistisch geprägt war, so seine Kernthese, entstand ein vom Westen verschiedenartiges Wertesystem, das die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der Ex-DDR erheblich erschwert hat.

Im letzten, der Zukunft der ostdeutschen Länder gewidmeten Tagungsteil, analysierten Andreas Trautvetter und Justus Lenz die prekäre Haushaltslage vieler ostdeutscher Länder. Die absehbaren Mitteleinstellungen zwingen die Landesregierungen stärker zu sparen. Nichtsdestotrotz verschulden sich die Länder weiterhin in hohem Maße. Prof. Dr. Hermann-Josef Blanke setzte den ostdeutschen Transformationsprozess in den Kontext der Europäischen Integration und verwies in diesem Zusammenhang auf das Problem, dass den Neuen Ländern nicht nur ein Ende der Solidarpaktmittel im Jahr 2019 bevorstehe, sondern 2014 auch EU-Fördermittel erheblich gekürzt werden. Bei allen unterschiedlichen Aspekten und unterschiedlichen Standpunkten waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem einig: Der Aufholprozess der Neuen Länder ist noch nicht abgeschlossen. *(Bericht von Clara Brune)*